

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 19/456 –

Bildung für alle – Globale Bildungspartnerschaft substantiell unterstützen

A. Problem

Laut Weltbildungsbericht 2017/2018 der UNESCO (Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur) gehen weltweit 264 Millionen Kinder und Jugendliche nicht zur Schule; davon haben über 60 Millionen Kinder im Grundschulalter keinen Zugang zu Bildungseinrichtungen. Besonders benachteiligt sind Kinder in Krisen- und Konfliktgebieten, Mädchen und Kinder mit Behinderungen.

Die Umsetzung des Nachhaltigkeitsziels Nr. 4 der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“, inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung zu gewährleisten, macht eine neue Ausrichtung der Bildungspolitik, insbesondere eine stärkere finanzielle Unterstützung von Bildungsmaßnahmen notwendig. Dazu müssten auf der Finanzierungskonferenz der Globalen Bildungspartnerschaft (GBP) im Februar 2018 in Dakar die entsprechenden Weichen gestellt werden.

Auch Deutschland, welches die GBP bisher mit jährlich 7 Millionen Euro im Rahmen seiner Entwicklungszusammenarbeit (EZ) fördert, was einem Anteil von 1,5 Prozent entspricht, ist herausgefordert, seine Anstrengungen zu intensivieren. Der Zusammenschluss von entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NROs) und Bildungsgewerkschaften zur „Globalen Bildungskampagne“ hat ausgerechnet, dass Deutschland, gemessen an seiner wirtschaftlichen Leistung, fairerweise einen Betrag von 100 Millionen Euro per anno aufbringen müsste.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/456 abzulehnen.

Berlin, den 25. April 2018

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Dr. Wolfgang Stefinger
Berichterstatter

Ute Vogt
Berichterstatterin

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

Olaf in der Beek
Berichterstatter

Eva-Maria Elisabeth Schreiber
Berichterstatterin

Ottmar von Holtz
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Wolfgang Stefinger, Ute Vogt, Dietmar Friedhoff, Olaf in der Beek, Eva-Maria Elisabeth Schreiber und Ottmar von Holtz

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/456** in seiner 12. Sitzung am 02.02.2018 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, Vorreiter im Bereich der Förderung von inklusiven, gerechten und hochwertigen Bildungseinrichtungen in Entwicklungsländern zu werden; ein besonderer Fokus soll dabei auf der frühkindlichen Bildung und der Grundbildung liegen.

Um das zu realisieren, wird die Bundesregierung aufgefordert, einen fairen Finanzierungsbeitrag für die GBP zu leisten. In einem ersten Schritt soll der Beitrag auf 50 Millionen Euro per anno erhöht und perspektivisch auf 100 Millionen Euro per anno ausgebaut werden.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 9. Sitzung am 25.04.2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erinnert, dass der Weltbildungsbericht der UNESCO eine enorme Steigerung der Anstrengungen im Bildungsbereich gefordert habe. Das habe man zum Anlass genommen und mit Blick auf die Finanzierungskonferenz der GBP im Februar 2018 in Dakar diesen Antrag eingebracht. Man habe den Antrag aber nicht gleich zur Abstimmung gestellt, weil es seitens der anderen Fraktionen Signale der Bereitschaft gegeben hätte, das Anliegen ihrer Fraktion zu unterstützen. Immerhin habe auch der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung davon gesprochen, dass er anstrebe, 25 Prozent des Gesamteinsatzes in Bildungsförderung zu investieren. In der Antwort zu einer Anfrage an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sei eingeräumt worden, dass der Grundbildungsanteil an den Mitteln für Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) im bilateralen Bereich gesunken sei, und zwar von 1,5 Prozent in 2013 auf 1 Prozent in 2016. Der Gesamtanteil liege derzeit bei 10 Prozent und sei damit immer noch weit entfernt von den Zielvorstellungen des Ministers. Von daher sehe man einen deutlichen Bedarf an zusätzlichen Mitteln. Die Bildungspartnerschaft sei eine besonders gut geeignete Möglichkeit, adressatenspezifisch Bildung vor Ort anzubieten. Man habe darum vorgeschlagen, den Beitrag in einem ersten Schritt um 50 Millionen Euro aufzustocken und bitte um Zustimmung.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stimmt zu, dass man in der internationalen Staatengemeinschaft und auch innerhalb der Europäischen Union (EU) noch intensiver für Bildung und Bildungspartnerschaften werben müsse. In diesem Zusammenhang wolle man aber auch in Erinnerung rufen, dass in einigen Staaten der EU die Gesamtausgaben für EZ weit unter denen Deutschlands liegen würden und man selbst mehr in die EZ investieren würde als Frankreich, Italien und Spanien zusammen. Zudem befinde man sich in Haushaltsberatungen, so dass die von den Antragstellern geforderte kurzfristige Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln wegen der immer noch vorläufigen Haushaltsführung überhaupt nicht möglich wäre. Im Rahmen der anstehenden Haushaltsverhandlungen werde sich zeigen, welchen Spielraum man habe. Man selbst werbe natürlich für eine grundsätzliche Aufstockung des BMZ-Etats, aber weil das Gegenstand der Verhandlungen sei, werde man diesen Antrag heute ablehnen.

Die **Fraktion der SPD** schließt sich der Argumentation der Fraktion der CDU/CSU an und unterstreicht, dass auch sie sich in den Haushaltsverhandlungen für weitere Mittel für EZ einsetzen würde. Der von den Antragstellern geforderte Sprung auf 100 Millionen Euro erscheine ihnen aber sehr schwer erreichbar. Darum werde man diesen Antrag ablehnen, ihn aber zum Anlass nehmen, noch einmal detaillierter über Bildungspartnerschaften zu beraten. Darüber hinaus gelte es, den Blick auch dafür zu öffnen, wie man stärker als bisher private Initiativen einbinden könne.

Die **Fraktion der AfD** räumt ein, dass sie dem Grundanliegen der Antragsteller gerne zustimmen würde, die geforderte Aufstockung auf eine Summe in Höhe von 100 Millionen Euro es ihnen aber unmöglich mache. Man vermisse zudem einen Hinweis darauf, wie und wofür man dieses Geld ausgeben wolle. Es sei bekannt, dass es Probleme bei der Erhebung von schulspezifischen Daten gebe; zudem fehlten Angaben zu den Lerninhalten. Wenn man Geld ausgeben wolle, dann müsse man auch maßgeblichen Einfluss auf die Lehrinhalte haben. Man selbst lehne beispielsweise den gesamten Komplex „Gender“ ab. Es sei ferner damit zu rechnen, dass im Zuge der Umsetzung Organisationen aufgebaut würden, die Kosten verursachten. Man wolle erreichen, dass das Geld bei den Kindern ankomme und nicht bei Organisationen, die davon profitierten. Deshalb lehne man diesen Antrag ab.

Die **Fraktion der FDP** betont, dass man mit der GBP ein Instrument habe, was professionell und erfolgreich arbeite und sich bewährt habe. Gerade in den ärmsten Ländern müsse man mehr in Grundbildung investieren, damit die Menschen irgendwann selbstbestimmt und eigenverantwortlich ihr Leben in die Hand nehmen könnten. Es gebe viele positive Effekte von Bildung; so wisse man seit langem um den Zusammenhang von Bildung und Bevölkerungswachstum. Deshalb werde man diesen Antrag unterstützen und in den Haushaltsberatungen dafür werben, mehr Mittel für Bildung einzusetzen.

Die **Fraktion DIE LINKE** stimmt der Argumentation der Fraktion der FDP zu. Fakt sei, dass 264 Millionen Kinder nicht zur Schule und 60 Millionen Kinder nicht zur Grundschule gehen würden. Es erschließe sich nicht, dass man bei Gesamtausgaben für Bildung in Höhe von 400 Millionen Euro nur 9 Millionen Euro für Grundbildung ausbebe. Im Vergleich zu Deutschland würde beispielsweise Frankreich jährlich 200 Millionen Euro für Bildung bereitstellen; Kanada habe seinen Beitrag für Bildung auf 180 Millionen Euro verdoppelt. Der eigene Beitrag falle dazu beschämend niedrig aus; gemessen am Bruttonationaleinkommen müsste man 105 Millionen Euro zahlen.

Berlin, den 25. April 2018

Dr. Wolfgang Stefinger
Berichterstatter

Ute Vogt
Berichterstatterin

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

Olaf in der Beek
Berichterstatter

Eva-Maria Elisabeth Schreiber
Berichterstatterin

Ottmar von Holtz
Berichterstatter

